

EU-NACHRICHTEN

KURZ & KNAPP

Migration

Übergangslösung für Seenotrettung

Seite 3

IM FOKUS

Zahlungsrichtlinie PSD2

EU macht Online-Banking sicherer

Seite 4

UN-Klimagipfel

EU hebt ihre weltweite Vorreiterrolle beim Klimaschutz hervor

Seite 5



Die künftigen EU-Kommissare müssen sich vor der Abstimmung einer Anhörung im Europäischen Parlament stellen

© dpa Bildfunk

URTEIL

EuGH billigt Urteil gegen Fiat-Gruppe

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat eine Entscheidung der EU-Kommission bestätigt, wonach die Fiat-Gruppe wegen unzulässiger Steuervorteile in Luxemburg Strafzahlungen in Millionenhöhe leisten muss. In einem ähnlichen Fall wegen Steuernachlässen für die US-Kaffeekeite Starbucks in den Niederlanden sahen die Luxemburger Richter allerdings keine unerlaubten Vorteile.

„Die heutigen Urteile geben eine wichtige Orientierungshilfe für die Anwendung der EU-Beihilfevorschriften im Steuerbereich“, erklärte EU-Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager und kündigte einen entschiedenen Kampf gegen Steuervermeidungspraktiken an.

▀ Vestagers Erklärung zum EuGH-Urteil

EU-KOMMISSION

Designierte EU-Kommissare stehen Rede und Antwort

Die gewählte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen zeigte sich vor den Anhörungen ihres Kommissionsteams im Europäischen Parlament optimistisch. „Ich hatte ein ausgesprochen konstruktives Meeting“, sagte sie nach einem Treffen mit Parlamentspräsident David Sassoli und den Fraktionsvorsitzenden in Straßburg. Die Unterredung habe ihr „Rückenwind“ für die kommenden Wochen und Monate gegeben, erklärte von der Leyen.

> Die neue EU-Kommission tritt ihr Amt voraussichtlich am 1. November an. Zuvor müssen sich die designierten EU-Kommissare ab 30. September einzeln in Anhörungen dem Europäischen Parlament stellen. Am 23. Oktober steht dann die Abstimmung des Europäischen Parlaments über das Kommissarskolleg als Ganzes an. Bei einigen Kandidaten forderte der Rechtsausschuss des Parlaments noch weitere Informationen an. So seien bei neun Bewerbern Ungereimtheiten und Lücken aufgefallen, sagte der Grünen-Europaabgeordnete Sergey Lagodinsky, Vize-Ausschussvorsitzender des Rechtsausschusses des Europäischen Parlaments.

Am 26. September empfahl der Rechtsausschuss, die rumänische Anwärtin Rovana Plumb und den ungarischen Kandidaten László Trócsányi wegen

finanzieller Interessenskonflikte nicht für eine Anhörung zuzulassen. Von der Leyen hatte ihr neues Team am 10. September vorgestellt. Margaritis Schinas, bisher Chefsprecher der EU-Kommission, wurde zum Vizepräsidenten mit der Aufgabe „Schützen, was Europa ausmacht“ berufen. „Ich bin überzeugt, dass wir uns unsere Begriffe von Europas Gegnern nicht nehmen lassen dürfen. Die Werte in den Europäischen Verträgen zu schützen, ist Grundlage unserer Identität“, wies die künftige Kommissionspräsidentin Kritik an der Benennung des neuen Ressorts zurück.

In ihrer sechsseitigen Aufgabenbeschreibung an den designierten Vizepräsidenten Schinas setzte von der Leyen drei Schwerpunkte für dessen neues Querschnittsressort: >>

- >> > den Aufbau einer Sicherheitsunion
- > die Zuständigkeit für „Weiterbildung und Integration“
- > Einen „Neubeginn“ in der Migrationspolitik. So mahnte von der Leyen einen „neuen Migrationspakt“ an, der den Schutz der Außengrenzen, neue Regeln für Asyl und die Rückführung abgelehnter Asylsuchender, die Rückkehr zum Schengen-Raum der Freizügigkeit sowie Möglichkeiten legaler Migration einschließt, für Menschen „mit den Fähigkeiten und Talenten, die unsere Wirtschaft und Arbeitsmarkt benötigen“.

Zu Schinas Aufgaben gehören auch „Sport und Kultur“, um die er sich gemeinsam mit Mariya Gabriel, der designierten Kommissarin für „Innovation und Jugend“, kümmern wird. Gabriel wird außerdem für die Bereiche Wissenschaft, Forschung und Bildung verantwortlich zeichnen.

Die bisherige Justizkommissarin Věra Jourová wird als Vizepräsidentin der EU-Kommission für „Werte und Transparenz“ zuständig sein. Die Schwerpunkte des Ressorts legte von der Leyen in ihrer Arbeitsbeschreibung auf:

- > die Stärkung von Demokratie und Transparenz
- > die Aufrechterhaltung der Europäischen Werte und Rechte.

Dem designierten Justizkommissar, dem früheren belgischen Außenminister Didier Reynders, obliegt die Zuständigkeit für die Rechtsstaatlichkeit, für Justiz und Verbraucherschutz. Die designierte Vizepräsidentin Dubravka Šuica führt das neue Ressort „Demokratie und Demografie“. Nach von der Leyens Agendazuschreibung fällt in Šuicas Zuständigkeit:

- > die Organisation einer Konferenz über die Zukunft Europas, bei der die Bürger der EU zu Wort kommen sollen und die 2020 beginnen und sich über 2 Jahre erstrecken soll
- > den demografischen Wandel in Europa zu gestalten und das Leben der Menschen im ländlichen Raum zu verbessern.

Die sozialdemokratische Fraktionschefin im Europäischen Parlament Iratxe García Pérez schrieb in einem Brief an von der Leyen, ihre Abgeordneten erfüllten einige Besetzungen und Themenzuschnitte der designierten EU-Kommissare mit Sorge. Ähnlich äußerte sich Dacian Cioloș, Fraktionschef der Liberalen.

Manfred Weber, Fraktionschef der christdemokratischen EVP, wies die Kritik zurück. Daniel Gros vom Centre for European Policy Studies, einer Forschungseinrichtung in Brüssel, lobte: Das „Programm ist sehr ambitioniert und setzt die richtigen Akzente“. (pr) >|

Die designierte EU-Kommission

Der Zeitplan

Vom 30. September bis 8. Oktober stellen sich die designierten EU-Kommissare vor den Ausschüssen des Europäischen Parlaments den Fragen der Europaabgeordneten. Die gewählte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat ihre Erwartungen an die Kandidaten in einem individuellen „Mission letter“ an den jeweiligen Kandidaten formuliert. Voraussichtlich am 23. Oktober stimmt das Europäische Parlament über das Kollegium als Ganzes am. Stimmt das Parlament rechtzeitig zu, kann die neue Kommission am 1. November ihre Arbeit aufnehmen.

Die Hearings der Kommissions-Kandidaten

Die Ausschüsse des Europäischen Parlaments werden die Eignung der designierten Kommissionsmitglieder für ihre vorgeschlagenen Posten in öffentlichen Anhörungen zwischen dem 30. September und dem 8. Oktober bewerten. Dies ist der voraussichtliche Zeitplan:



Quelle: EU-Kommission
Bilder: Shutterstock

MIGRATION

EU-Staaten einigen sich auf Übergangslösung für Seenotrettung

© Gene Isenko / Shutterstock.com

Deutschland, Frankreich, Italien und Malta haben sich auf eine Interimslösung zur Verteilung aus Seenot geretteter Flüchtlinge verständigt. „Heute haben wir einen guten Fortschritt in Richtung einer vorhersagbaren und strukturellen Lösung unternommen“, erklärte EU-Innenkommissar Dimitris Avramopoulos nach dem Treffen auf Malta. An der Beratung nahmen neben Avramopoulos und den vier beteiligten Ländern auch Vertreter der finnischen Ratspräsidentschaft teil. Ziel bleibt, dass andere Länder der Übereinkunft beitreten. Kroatien, Finnland, Irland, Litauen, Luxemburg und Portugal haben bereits ihre Bereitschaft angedeutet. Die finnische Ratspräsidentschaft strebt eine Einigung beim nächsten Treffen der EU-Innenminister am 8. Oktober in Luxemburg an. „Ich rufe alle Mitgliedstaaten auf, sich der Vereinbarung anzuschließen“, appellierte Avramopoulos.

Details der Übereinkunft wurden zunächst nicht bekannt. Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) hatte aber angekündigt, Deutschland sei bereit, jeden vierten im Mittelmeer aus Seenot geretteten Flüchtling aufzunehmen. Rettungsschiffe mussten zuletzt oft tagelang vor den Küsten Italiens und Maltas ausharren. Erst wenn eine Verteilung der Geretteten auf andere EU-Staaten geklärt war, durften die Schiffe der Seenotretter anlanden. Künftig soll es nun einen temporären Notfallmechanismus geben. Für eine derartige Zusammenarbeit seien „klare Vorgaben für die Verfahren“ und „klare Fristen“ für die Verteilung der Flüchtlinge erarbeitet worden, erklärte Seehofer.

■ *Avramopoulos begrüßt erzielte Fortschritte*

EUROPÄISCHE STAATSANWALTSCHAFT

Laura Kövesi wird neue Chefin

Die Rumänin Laura Kövesi wird erste Chefin der neuen Europäischen Staatsanwaltschaft. Darauf haben sich Europäisches Parlament und die Mitgliedstaaten geeinigt. Vor allem das Europäische Parlament hatte auf Kövesis Ernennung bestanden. Rumäniens Regierung hatte versucht, die Berufung der früheren Leiterin der rumänischen Antikorruptionsbehörde DNA zu verhindern. Kövesis Ermittlungen führten unter anderem zur Verurteilung des einflussreichen rumänischen Politikers Liviu Dragnea. Die Ermittlerin war wegen ihres Vorgehens im Sommer 2018 von Amt an der DNA-Spitze abgelöst worden.

Kövesi sei „mit ihrer Erfahrung und Integrität eine Kampfansage der Europäischen Union an Betrug, Geldwäsche und Korruption“, erklärte der Grünen-Europaabgeordnete Sven Giegold. Die neue EU-Staatsanwaltschaft mit Sitz in Luxemburg soll 2020 ihre operative Arbeit aufnehmen.

■ *Europäische Staatsanwaltschaft*

EUROPÄISCHER GERICHTSHOF

Zwei neue Richter aus Deutschland

Im Zuge der dritten und letzten Stufe der Reform des Europäischen Gerichtshofs in Luxemburg (EuGH) werden auf Vorschlag Deutschlands Johannes Laitenberger und Gabriele Steinfatt ihr Amt als Richter in Luxemburg antreten. Der Jurist Laitenberger, 55, war an prominenter Stelle als Beamter der EU-Kommission tätig, zuletzt als Generaldirektor der Generaldirektion Wettbewerb. Gabriele Steinfatt, 42, arbeitete bisher als Richterin am Oberverwaltungsgericht in Bremen. Die personelle Aufstockung am EuGH wurde notwendig, weil der Gerichtshof zusätzlich nun auch für Rechtsstreitigkeiten zuständig ist, die den öffentlichen Dienst der Europäischen Union betreffen. Deshalb wird die Zahl der Kammern des Gerichts von neun auf zehn steigen. Vier Kammern werden sich mit juristischen Fragen beschäftigen, die den öffentlichen Dienst der EU betreffen. Sechs Kammern bearbeiten Rechtsfälle rund um Fragen des geistigen Eigentums. Alle anderen Verfahren werden auf die Kammern des EuGH verteilt.

■ *Reform des Kammersystems am EuGH*

AIRBUS

EU bereitet sich auf US-Zölle vor

Die USA sind bereit, im Streit über Subventionen für die Flugzeugbauer Airbus und Boeing neue Strafzölle in Milliardenhöhe auf EU-Importe in die Vereinigten Staaten zu verhängen, sagte Handelskommissarin Cecilia Malmström. Ein von der EU-Kommission im Juli vorgelegter Vorschlag für eine Beilegung des Streits über Subventionen für Airbus und Boeing sei vorerst unbeantwortet geblieben. USA und EU halten sich gegenseitig unerlaubte Staatshilfen für die beiden Flugzeughersteller vor.

Die EU erwartet, dass die WTO den endgültigen Betrag am 30. September festlegt. Washington hat erklärt, es erwarte, Zölle in Höhe von 11 Milliarden Dollar an jährlichen EU-Ausfuhren erheben zu können. Die US-Sonderzölle könnten Nahrungsmittel wie Käse, Oliven und Orangen aus der Europäischen Union treffen, aber auch Komponenten für die Luftfahrtindustrie.

■ *Vorläufige Liste der Gegenmaßnahmen*

ZAHLUNGEN IM INTERNET

EU setzt auf neue Sicherheitsstandards beim Online-Banking

Die Europäische Union macht den Zahlungsverkehr im Internet sicherer. Seit dem 14. September gilt beim Online-Banking die neue starke Kundenauthentifizierung. Damit sind Bankkunden besser vor Betrug geschützt.



© Shutterstock

Das chipTAN-Verfahren mit einem so genannten TAN-Generator gilt als das sicherste der dynamischen Legitimationsverfahren beim Online-Banking.

> Im Jahr 2016 hatten die Verbraucher in der EU noch über 1,3 Milliarden Euro an Hacker und Betrüger verloren. Mit der PSD2 werden nun strengere Sicherheitsanforderungen für die Auslösung und Abwicklung elektronischer Zahlungen eingeführt.

Nach dem Prinzip der starken Kundenauthentifizierung (Strong Customer Authentication, SCA) muss nun jeder Verbraucher in der EU bei Zahlungen im Online-Banking zwei der folgenden drei Merkmale nachweisen:

- > Wissen, so zum Beispiel über die persönliche Geheimnummer PIN
- > Besitz, etwa der Original-Zahlungskarte oder eines Smartphones
- > Sein, sprich biometrische Merkmale wie ein elektronischer Fingerabdruck

Neue Legitimationsverfahren

Um eine Überweisung oder Internet-Bestellung online freizugeben, braucht der User dann zum Beispiel die PIN und kann sich bei den meisten Banken per SMS eine Transaktionsnummer (TAN) auf das eigene Mobiltelefon schicken lassen.

Diese neuen sogenannten dynamischen Legitimationsverfahren haben den Vorteil, dass eine TAN – anders als bei den bisher üblichen gedruckten

iTAN-Listen – jeweils neu erstellt wird. Diese Nummern sind dann an den jeweiligen Auftrag gekoppelt und zeitlich begrenzt gültig.

Die Banken sind verpflichtet, verbraucherfreundliche Lösungen anzubieten und ihre Kunden umfassend zu beraten.

Übergangsfristen gebilligt

Weil es im Handel bei der Umstellung hakt, lassen die Europäische Bankenaufsicht (EBA) und die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) vorübergehend noch die bisherigen einfacheren Sicherheitsbestimmungen gelten. Man wolle „damit Störungen bei Internetzahlungen verhindern und einen reibungslosen Übergang auf die neuen Anforderungen der Zahlungsdiensterichtlinie PSD2 vermeiden“, teilte die BaFin mit.

Laut BaFin sind die kartenausgebenden Zahlungsdienstleister in Deutschland auf die neuen EU-Anforderungen gut vorbereitet. Anders sieht dies bei den Unternehmen aus, die Kreditkartenzahlungen im Internet als Zahlungsempfänger nutzen. Bei ihnen bestehe „nach wie vor erheblicher Anpassungsbedarf“, erklärte die BaFin.

Der Europaabgeordnete Markus Ferber (CSU), Berichterstatter für die neue Zahlungsdiensterichtlinie PSD 2, unterstützt eine pragmatische Handhabung in der Anfangsphase: „Eine Situation, in der am Stichtag massenweise Zahlungen zurückgewiesen werden, hilft weder Kunden, noch Händlern, noch Zahlungsdienstleistern.“

Viele Elemente der neuen Zahlungsdiensterichtlinie traten bereits im Januar 2018 EU-weit in Kraft. Die neuen Regeln sollen den Zugang neuer Betreiber zum EU-Zahlungsverkehrsmarkt erleichtern, indem sie sowohl für traditionelle als auch für neue, innovative Unternehmen gelten. Nun müssen Geldhäuser auch Drittanbietern wie Finanz-Start-ups (Fintechs) den Zugriff auf Daten ihrer Kunden ermöglichen, wenn diese dem zustimmen. „Die Verbraucher werden dank eines breiteren Angebots für ihre Zahlungen ihre persönlichen Finanzen effizienter verwalten können“, erklärte die EU-Kommission. (pr) >|

Umfrage: Deutsche lieben Bargeld

Die Bundesbürger setzen beim Bezahlen lieber auf Bargeld. In einer repräsentativen Umfrage in zwölf EU-Staaten bevorzugten 65 Prozent der Deutschen, beim Bäcker, im Bistro oder in der Bahn in bar zu zahlen. Höher ist der Wert nur in Österreich (74 Prozent). Am niedrigsten ist die Zustimmung zur Barzahlung in Italien (47 Prozent) und Rumänien (46 Prozent).

UN-GIPFEL

EU hebt ihre weltweite **Vorreiterrolle** beim **Klimaschutz** hervor

Auf dem UN-Klimagipfel in New York hat die EU-Kommission die Vorreiterrolle der Europäischen Union im Kampf gegen die Erderwärmung betont. Er sei „stolz, dass die EU diese Agenda vorangetrieben“ habe, erklärte der Erste Vizepräsident der EU-Kommission Frans Timmermans in New York. So hat die EU als erste große Volkswirtschaft einen rechtlich verbindlichen Rahmen geschaffen, um den im Pariser Klimaschutzabkommen von 2015 gemachten Zusagen nachzukommen.

> Timmermans wird künftig im Team der gewählten EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen federführend für den Klimaschutz zuständig sein. So soll er in den ersten hundert Tagen nach dem Amtsantritt am 1. November einen „European Green Deal“ vorlegen. Dazu gehört das erste europäische Klimagesetz, mit dem das Ziel der Klimaneutralität bis 2050 gesetzlich verankert werden soll. Zudem soll der Ausstoß des Treibhausgases Kohlendioxid nach dem Willen der neuen EU-Kommission bis 2030 um 50 Prozent sinken, zehn Prozentpunkte mehr als bisher angestrebt.

Gemeinsam gegen Erderwärmung

Timmermans und Federica Mogherini, die Hohe Beauftragte der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, trafen in New York mit UN-Generalsekretär Antonio Guterres zusammen. Der frühere portugiesische Regierungschef will die Staaten der Welt mit dem UN-Gipfel für die Ziele des Pariser Klimagipfels und einen multilateralen Ansatz im erlahmenden Kampf gegen die Erderwärmung mobilisieren. Die EU-Kommission unterstützt dieses Ziel. So soll Timmermans nach dem Willen der gewählten EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen andere große Treibhausgasemittenten bis 2021 auf ambitioniertere Klimaschutzziele einschwören. „Ein Wettlauf um die Spitze ist gut: So sind in Sachen Klima alle Sieger“, erklärte Timmermans in New York.

Die EU-Kommission formuliert für die kommenden fünf Jahre ehrgeizige Ziele beim Klimaschutz. So soll der Kohlendioxidausstoß im Verkehr weiter gesenkt werden und die „blaue Wirtschaft“ zur Dekarbonisierung ausgebaut werden. Zudem dringt die gewählte EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen auf eine ökologische Steuerreform, um „unsere Klimaziele zu erreichen“.



Credit © European Union, 2019

Bereits 2005 hatte die EU-Kommission einen Zertifikatehandel für die Energiewirtschaft und energieintensive Industrien eingeführt. Im Kampf gegen die Erderwärmung haben auch Nicht-EU-Staaten wie China dieses Modell übernommen. Es sieht eine Obergrenze für Treibhausgasemissionen in bestimmten Bereichen vor. Diese Verschmutzungsrechte werden schrittweise verknappt und wie an einer Börse gehandelt. Das Klimagas Kohlendioxid erhält so einen Preis.

EU-Kommissionsvizepräsident Frans Timmermans vertrat in New York das Bekenntnis der EU zum Ziel der Klimaneutralität bis 2050.

“ Ein Wettlauf um die Spitze ist gut: So sind in Sachen Klima alle Sieger! ”

Quelle: Frans Timmermans auf dem Klimagipfel in New York

Klimaaktivistin Greta Thunberg mahnte in einer emotionalen Rede mehr Anstrengungen beim Klimaschutz an. „Wir alle haben den Weckruf der Jugend gehört“, sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel. Sie stellte bei dem UN-Treffen das neue Klimapaket ihrer Regierung vor, das nach EU-Vorbild auch eine Ausweitung des Zertifikatehandels vorsieht. So werden in Deutschland von 2021 an die Bereiche Verkehr und Gebäude in den Emissionshandel einbezogen. Bundesumweltministerin Svenja Schulze plant zudem Strafgebühren für Ressorts, die ihre Klimavorgaben verfehlen.

Auf entsprechende Bußgelder beim Verfehlen der Klimaziele setzt auch die EU-Kommission. So muss auch Deutschland wegen nicht eingehaltener Klimaversprechen mit Strafzahlungen rechnen. (pr)>

■ *Timmermans in New York*

BREXIT

EU-Kommission und britische Regierung prüfen Alternative zum Backstop

Die EU-Kommission hat Erwartungen an die Gespräche mit der britischen Regierung für eine rasche alternative Lösung zum Backstop für die irisch-nordirische Grenze gedämpft. Trotz der jüngsten Vorschläge aus London gebe es bislang „keine Basis“ für eine neue Übereinkunft, sagte EU-Chefunterhändler Michel Barnier in Berlin.



Credit © European Union, 2019

Bei Gesprächen mit Boris Johnson in Luxemburg betonte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, trotz der unklaren Situation vor dem bereits Ende Oktober geplanten EU-Austritt Großbritanniens verliere er „nie die Geduld“.

> Der britische Premierminister Boris Johnson erlitt unterdessen eine weitere schwere politische Niederlage. Der Supreme Court, das höchste britische Gericht, verwarf die von Johnson verfügte Zwangspause für das britische Unterhaus als unrechtmäßig.

Johnson hatte das Parlament in eine fünfwöchige Zwangspause bis zum 14. Oktober geschickt. Dagegen hatten mehrere Abgeordnete geklagt, darunter der frühere Premierminister John Major. Die Parlamentspause greife in „extremer Weise“ in die Ausübung der Abgeordnetenarbeit ein, befand der Supreme Court. Das Parlament habe aber ein Recht darauf, in der Zeit vor einem wichtigen Ereignis wie dem geplanten EU-Austritt am 31. Oktober gehört zu werden, so die Richter weiter.

Die EU-Staats- und Regierungschefs hatten dem Vereinigten Königreich eine Frist für den Abschied aus der Europäischen Union bis zum 31. Oktober gewährt. Das britische Unterhaus hatte Johnson mit einem Parlamentsbeschluss verpflichtet, einen weiteren Aufschub bis 31. Januar 2020 zu beantragen, sollte der Premier mit der EU keine Übereinkunft über Alternativen für die Backstop-Regelung an der irisch-nordirischen Grenze erzielen. Das Europäische Parlament befürwortete in einer Resolution eine Fristverlängerung, wenn dafür gute Gründe vorliegen. Johnson lehnt einen weiteren Aufschub ab, er nimmt notfalls einen harten Brexit in Kauf.

Der im Ausstiegsabkommen mit dem Vereinigten Königreich vereinbarte Backstop soll harte Kontrollen an der Grenze zwischen der Republik Irland und dem zu Großbritannien gehörenden Nordirland verhindern. Johnson hatte zuletzt angedeutet, für Lebensmittel und Tiere könnten die Kontrollen an der irisch-nordirischen Grenze ausgesetzt werden. „Es ist entscheidend, dass es eine realisierbare und rechtlich umsetzbare Lösung im Austrittsabkommen gibt“, stellte die EU-Kommission dazu fest.

Juncker erklärte nach einem Treffen mit dem britischen Regierungschef Boris Johnson in Luxemburg, er habe „keine emotionale Bindung an den Backstop“. Aber: „Ich habe deutlich gemacht, dass ich mich den Zielen, denen die Regelung dient, sehr verbunden fühle.“ In einer Rede vor dem Europäischen Parlament in Straßburg forderte der Kommissionspräsident den britischen Premierminister auf, „konkrete, operative und schriftliche Vorschläge“ für die irische Grenze vorzulegen.

Vereinbarung bis Mitte Oktober angestrebt

Eine Vereinbarung zwischen der EU und Großbritannien wird bis zum 17. und 18. Oktober angestrebt. Dann kommen die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union in Brüssel zu einem Gipfel zusammen. „Ich bin nicht sicher, ob wir Erfolg haben werden, es bleibt wenig Zeit. Aber ich bin sicher, dass wir es versuchen müssen“, sagte Juncker vor dem Europäischen Parlament. Ein ungeordneter Abschied des Vereinigten Königreichs aus der EU könne „möglicherweise die Entscheidung der britischen Regierung“ sein, erklärte Juncker vor dem Europäischen Parlament. „Aber das wird nie die Entscheidung der Europäischen Union sein“.

Ein ungeordneter Brexit könnte nach Angaben des Bundesverbands der deutschen Industrie (BDI) eine „hohe fünfstellige Zahl“ von Arbeitsplätzen bedrohen. Das Handeln Johnsons sei ein „Spiel mit dem Feuer“, erklärte der Hauptgeschäftsführer des Industrieverbands BDI, Joachim Lang. Er sagte weiter, der BDI sei „extrem besorgt“ über den Stand der No-Deal-Vorbereitungen in Großbritannien. Stand heute fehlten noch zahlreiche rechtliche Regelungen, etwa zu Zöllen oder für Bereiche wie die Landwirtschaft. (pr) >|

Rede Junckers vor dem Europäischen Parlament

Zum Urteil des Supreme Court

Die EU-Kommission erklärte zum Beschluss des höchsten britischen Gerichts, die Parlamentspause aufzuheben, es stehe ihr nicht zu „interne Verfassungsfragen von Mitgliedsstaaten zu kommentieren“. Über die laufenden Brexit-Verhandlungen sagte EU-Chefunterhändler Michel Barnier in Berlin, er sehe „keinen besonderen Grund zum Optimismus“, aber die Arbeit gehe weiter.

DATUM	THEMA	ORT	KONTAKT
> 28.09.2019 17.00–18.30 Uhr	„Salon – Wie klingt Europa?“ Podiumsdiskussion Veranstalter: Europe Direct Dortmund	Konzerthaus Dortmund Brückstraße 21 44135 Dortmund	www.europe-direct-dortmund.de/event/salon-klings-europa/
> 30.10.2019 18.30–20.30 Uhr	„Europa nach der Wahl – sozialer Aufbruch?“ Podiumsdiskussion Veranstalter: Europäisches Informations-Zentrum Niedersachsen	Rotation in den ver.di-Höfen Goseriede 10 30159 Hannover	www.eiz-niedersachsen.de/europa-nach-der-wahl-sozialer-aufbruch/
> 01.10.2019 18.00–20.00 Uhr	„Aufbruch 1989 – Hoffnungen, Erfolge, Enttäuschungen“ Podiumsdiskussion Veranstalter: Deutsche Gesellschaft e. V.	Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur Kronenstraße 5 10117 Berlin	www.europatermine.de
> 03.10.2019 18.00–20.00 Uhr	„Mut verbindet – Europa verbindet!“ Bürgerdialog Veranstalter: Europa-Union Deutschland e.V., Europa-Union Schleswig-Holstein e.V.	Rathaus der Stadt Kiel Fleethörn 9 24103 Kiel	www.europa-union.de/buergerdialoge/europa-vor-der-wahl-veranstaltungen/kiel-3102019/
> 03.10.2019 18.30 Uhr	„Pariser Platz Rede mit Margot Friedlander“ Lesung und Gespräch Veranstalter: Anrainergemeinschaft Pariser Platz	Allianz Forum Pariser Platz 6 10117 Berlin	https://ec.europa.eu/germany/events/pariser-platz-rede-mit-margot-friedlander_de
> 09.10.2019 17.30 Uhr	„TU Graz Alumni – Chapter Berlin“ Eröffnungsveranstaltung Veranstalter: UNI Graz, TU Graz, FH Joanneum	Lichthof der TU Berlin Straße des 17. Juni 135 10623 Berlin	http://alumni.tugraz.at/berlin/
> 12.10.2019 10.00–16.00 Uhr	„Auf in die Welt – Deine Messe für Auslandsaufenthalte und Internationale Bildung“ Informationsveranstaltung Veranstalter: Deutsche Stiftung Völkerverständigung	Katharinen-Gymnasium Ingolstadt Jesuitenstraße 10 85049 Ingolstadt	www.aufindiewelt.de/messen/12102019-ingolstadt/
> 12.10.2019 10.00–16.00 Uhr	„JuBi – Die JugendBildungsmesse in Stuttgart“ Informationsveranstaltung Veranstalter: weltweiser – Der unabhängige Bildungsberatungsdienst	Eschbach-Gymnasium Adalbert-Stifter-Straße 40 70437 Stuttgart	https://weltweiser.de/messen/stuttgart-schueleraustausch-baden-wuerttemberg-ausland/?l=L1&ri=0
> 15.10.2019 17.00–20.00 Uhr	„Meine Werte – Deine Werte: Was hält unsere Gesellschaft zusammen?“ Podiumsdiskussion Veranstalter: Deutsche Gesellschaft e. V.	Hessischer Landtag Eingang Grabenstraße 65183 Wiesbaden	www.europatermine.de
> 17.10.2019 18.00–20.00 Uhr	„1989: Ende einer alten, Anfang einer neuen Welt? – Polen“ Vortrag und Gespräch (in englischer Sprache) Veranstalter: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen	EuropaPunktBremen Carl-Ronning-Straße 2 28195 Bremen	www.forschungsstelle.uni-bremen.de/de/5/20110606112743/20190902151205/Do-_17-10-2019%2C_18%3A00.html
> 18.10.2019 15.00–18.00 Uhr	„Wir haben gewählt! Was wir Frauen von Europa erwarten“ Diskussionsveranstaltung Veranstalter: Europäisches Informations-Zentrum (EIZ) Niedersachsen	Haus der Region Hannover Hildesheimer Straße 18 30159 Hannover	www.eiz-niedersachsen.de/aktuelles/veranstaltungen/

> Alle Termine zum Nachlesen und Anklicken finden Sie auch noch einmal hier: https://ec.europa.eu/germany/news/eu-nachrichten_de

IMPRESSUM

© Europäische Union, 2019

Herausgeber:

Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:

Leitung: Jörg Wojahn
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de

Regionalvertretung in Bonn:

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

Regionalvertretung in München:

Bertha-von-Bentheim-Platz 1 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

Redaktion & Grafik:

Reinhard Hönighaus, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)
Peter Riesbeck, Armin Kalbfleisch, Marion Gladzewski

Herstellung:

Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH
Klimaneutral gedruckt und mit FSC®-Zertifizierung als Nachweis der Holzherkunft aus guter Waldbewirtschaftung.



Haftungsausschluss:

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keiner Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.



Vertretung in Deutschland

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook



und folgen Sie uns auf Twitter



© Europäische Kommission, 2019

NACH THOMAS-COOK-INSOLVENZ

EU-Richtlinie schützt Pauschalreisende

Dank der EU-Richtlinie über Pauschalreisen sind Reisende im Fall einer Insolvenz des Anbieters abgesichert: Sie haben beispielsweise Anspruch auf Erstattung geleisteter Zahlungen bzw. Rückbeförderung, falls sie schon unterwegs sind. Daran hat die für Verbraucherschutz zuständige EU-Kommissarin Věra Jourová anlässlich der Insolvenz des Reisekonzerns Thomas Cook erinnert.



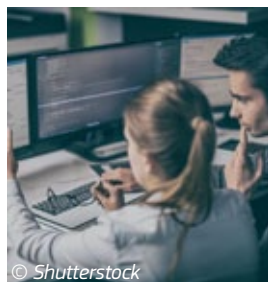
Seit dem 1. Juli 2018 genießen Pauschalreisende stärkere Verbraucherrechte. Die Vorschriften decken neben herkömmliche Pauschalreisen auch die schätzungsweise 120 Millionen Verbraucher ab, die individuell zusammengestellte Pakete buchen, bei denen verschiedene Elemente von einem einzigen Online- oder Offline-Anbieter gewählt werden.

▮ *Pauschalreisen und verbundene Reiseleistungen*

EUROPAWEIT

EU-Programmierwoche 2019 startet mit Online-Kurs

Die diesjährige EU-Programmierwoche startet mit einem Online-Kurs, der Grund- und Sekundarschullehrern helfen soll, Programmieren und IT-Denken bei ihren Schülern einzuführen. Bis zum 30. Oktober erhalten Pädagogen, die sich für den Online-Kurs anmelden, kostenlose Schulungsmaterialien, mit denen sie sich mit innovativen Ansätzen in den Bereichen Codierung, visuelle Programmierertools, Robotik und mehr vertraut machen können.



Die Europäische Kommission unterstützt die EU Code Week im Zuge Ihrer Strategie für einen digitalen Binnenmarkt. In dem Aktionsplan für digitale Bildung ermutigt die Kommission insbesondere Schulen zur Beteiligung an der Initiative. Das Ziel ist es, bis 2020 die Hälfte aller Schulen in Europa zu erreichen. Weitere Informationen und die Links zu den Unterrichtsmaterialien finden Sie hier:

▮ *Zur Website der EU Code Week*

EUROPA NOSTRA

Ausschreibung des Europäischen Preises für Kulturerbe gestartet

Ab jetzt können sich Architekten, Handwerker und Kunsthandwerker mit herausragenden Projekten für den Europäischen Preis für Kulturerbe – Europa Nostra Award bewerben. Der Preis prämiiert seit 2002 jährlich außerordentliche Leistungen zur Erhaltung des Kulturerbes. Dabei werden drei Ziele verfolgt: einen hohen Standard der Restaurierungstechniken zu fördern, grenzüberschreitenden Austausch anzuregen und zu weiteren vorbildhaften Initiativen im Bereich des Erhalts des Kulturerbes zu ermutigen.

Europa Nostra ist der europäische Verbund nicht-staatlicher Denkmalschutzorganisationen mit Sitz in Den Haag und wird seit 2002 u.a. mit Mitteln aus dem jeweiligen Kulturförderprogramm der EU, derzeit KREATIVES EUROPA, bei der Durchführung des gleichnamigen Awards unterstützt. Einsendeschluss für den Europa Nostra Award ist der 1. Oktober 2019.

▮ *Weitere Informationen*

EU-LITERATURPREIS

Laura Freudenthaler gewinnt mit „Geistergeschichte“

Die Autorin Laura Freudenthaler hat mit ihrem Roman „Geistergeschichte“ den Literaturpreis der Europäischen Union gewonnen. Die Verleihung des mit 5.000 Euro dotierten Preises findet am 2. Oktober in Brüssel statt. Der Literaturpreis der Europäischen Union, der in diesem Jahr an 14 Gewinnerinnen und Gewinner geht, wird jährlich an neue und aufstrebende Autoren verliehen.

Mit dem Preis werden der Reichtum der zeitgenössischen europäischen Literatur und das kulturelle und sprachliche Erbe Europas gewürdigt. Die nationalen Jurys, bestehend aus Verlagen, Buchhändlern, Autoren und Kritikern, wählen aus jedem der teilnehmenden Länder einen Gewinner aus. Der Preis wurde 2009 von der Europäischen Kommission ins Leben gerufen und steht allen 37 Ländern offen, die am Programm Kreatives Europa für die Kultur- und Kreativbranche teilnehmen.

▮ *Zur Website des EU-Literaturpreises*

